

# **Verband der Niedersächsischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter e.V. (VNVR)**

## **Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.11.2019 im Avalon Königshof in Königslutter**

### **TOP 1 Eröffnung**

Der Vorsitzende, VPräsVG Dr. Neuhäuser eröffnete die Mitgliederversammlung und begrüßte die Anwesenden.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit; Feststellung der Anzahl erteilter Vollmachten**

Er stellte fest, dass die Versammlung nach Auszählung der vertretenen Stimmrechte beschlussfähig sei. Die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 der Satzung lägen vor. Der Vorstand habe die Mitglieder wenigstens zwei Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung eingeladen. Mehr als die Hälfte der im aktiven Dienst der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit stehenden Mitglieder seien anwesend oder vertreten. Die Auszählung habe die Summe von 155 Stimmrechten (Anwesende zuzüglich Vollmachten) ergeben. Der Verband habe 280 aktive Mitglieder (siehe TOP 6).

### **TOP 3 Grußwort des MJ und Bericht über aktuelle politische Vorhaben**

Frau Rieke, Leiterin der Abteilung I (Personal, Haushalt, Organisation) berichtete über aktuelle justizpolitische Vorhaben.

Besonders wichtig sei dem MJ der Aspekt „Sicherheit“ mit dem Ziel, tägliche anlassunabhängige Einlasskontrollen durchzuführen. Dies sei auch angesichts der Zunahme von Drohungen und persönlichen Anfeindungen gegenüber Behörden und Amtsträgern erforderlich. Hierfür seien bereits zusätzliche Stellen im Wachtmeisterdienst geschaffen worden; eine weitere Aufstockung dieser Stellen sei für das Jahr 2020 beabsichtigt. Erwähnenswert sei, dass im Rahmen des Mentoringprojekts beim VG Osnabrück ein neues Sicherheitskonzept erarbeitet worden sei.

Frau Rieke betonte im weiteren Verlauf ihres Grußwortes, dass dem MJ die hohen Asylbestände der Verwaltungsgerichte bekannt seien und deshalb 50 ursprünglich bis Ende des Jahres 2019 befristete Richterstellen verlängert worden seien (15 bis Ende des Jahres 2020; 35 bis Ende des Jahres 2022).

Zentrale Themen in Abteilung 1 des MJ seien außerdem die Nachwuchsgewinnung und die Digitalisierung (bis zum 31.12.2025 Einführung der E-Akte). Ab dem Jahr 2021 soll es flächendeckend neue Hardware geben. Beabsichtigt sei, jeden Richterarbeitsplatz mit zwei 24-Zoll-Monitoren und einem neuen Notebook (Convertible) auszustatten seien. Dienstliches WLAN solle überall verfügbar sein. Frau Rieke erwähnte in diesem Zusammenhang, dass der Übergang zur e-Akte eine verstärkte IT-Kompetenz, ein funktionierendes Gesundheitsmanagement und das Beherrschen von Softskills verlange. Wichtig sei auch das Thema „Informationssicherheit“. Für entsprechende Sensibilisierungskampagnen solle regelmäßig durch die Sicherheitsbeauftragten geworben werden.

## **TOP 4 Grußwort des Präsidenten des Obergerverwaltungsgerichts Lüneburg Dr. Thomas Smollich**

Der OVG-Präsident begrüßte die Mitgliederversammlung und betonte die gute Stimmung, die trotz der hohen Belastung in den einzelnen Häusern herrsche.

Zur Geschäftsentwicklung gab er an, im 1. Halbjahr 2019 habe die durchschnittliche PeBB§y-Auslastung 1,58 Richterpensen betragen. Das Verwaltungsgericht mit der größten Belastung habe dabei eine PeBB§y-Auslastung von 1,8 Richterpensen und das Verwaltungsgericht mit der geringsten Belastung eine PeBB§y-Auslastung von 1,3 Richterpensen gehabt. Obwohl die Eingänge im Jahr 2019 um 25 % gegenüber dem Jahr 2018 zurückgegangen sein, lägen sie immer noch höher als vor der Flüchtlingswelle. Grund hierfür sei, dass bei zurückgegangenen Asylverfahren ansteigende Eingangszahlen bei den allgemeinen Verfahren zu verzeichnen seien. Von den 31.000 Verfahren, die Mitte Oktober 2019 bei den niedersächsischen Verwaltungsgerichten anhängig gewesen seien, seien über 20.000 Asylverfahren. Diese seien nicht innerhalb von ein bis zwei Jahren zu erledigen. Auch beim OVG betrage trotz des Rückgangs der Asylverfahren die PeBB§y-Auslastung 1,25 Richterpensen. Die Belastung aller Verwaltungsgerichte und des OVG werde vermutlich in den kommenden Jahren gleich bleiben. Widerrufsverfahren des BAMF seien zunächst nicht zu erwarten.

Herr Dr. Smollich berichtete weiter, dass es derzeit in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit 151 R1-Stellen (101 reguläre und 50 „kw“-Stellen) gebe. Zwar würden freierwerdende Stellen zunächst noch besetzt, allerdings werde es im Jahr 2020 nur noch 146 R1-Stellen geben. Die als Reaktion auf die Asylwelle neu eingerichteten acht R2-Stellen würden auf fünf reduziert werden.

Er erwähnte außerdem die Einstellung von neuen Proberichterinnen und Proberichter über die Oberlandesgerichte mit dem größten Anteil über das OLG Celle. Insgesamt seien 44 Verstärkungsrichter/innen abgeordnet gewesen, von denen bislang 23 übernommen worden seien. Der Rest wolle in die ordentliche Justiz zurückgehen. Aktuell gebe es noch sieben Abordnungen über das OLG, und er sei optimistisch, dass deren Übernahme möglich werde. Allerdings werde es künftig keine weiteren Einstellungen über das OLG mehr geben.

Betreffend die Ausstattung verwies er darauf, dass die niedersächsische Verwaltungsgerichtsbarkeit eine der am besten ausgestatteten Gerichtsbarkeiten in Deutschland sei. Hervorzuheben sei, dass die an jedem Richterarbeitsplatz vorhandene Spracherkennung aus eigenen Mitteln des Niedersächsischen Obergerverwaltungsgerichts finanziert worden sei.

Erwähnenswert seien außerdem folgende Gesetzgebungsinitiativen:

1. Überarbeitung der VwGO
  - Einführung Adhäsionsverfahren
  - erstinstanzliche Zuständigkeit OVG bei Landesstraßen
  - Wirtschafts- und Planungskammer
  - flexiblere Besetzung von Spruchkörpern (auch zwei Proberichter)
2. Änderung des Asylgesetzes
  - Überprüfung durch Bundesverwaltungsgericht
  - Zulassung Beschwerde/Berufung durch Verwaltungsgerichte
  - Zurückverweisung zulassen (bisher Ausnahmeregelung).

Mit folgenden Themen beschäftige sich das OVG derzeit intensiv:

- „Kommunikationskultur“ im Sinne von wertschätzenden Gesprächskulturen

- Hebung von Optimierungspotenzial, u. a. durch Austausch an Gerichten über Arbeitsweisen

Schließlich wies der OVG-Präsident noch auf folgende Veranstaltungen im Jahr 2020 hin:

- 15.01.2020: Proberichtertreffen OVG
- 01./02.10.2020: 5. Verwaltungsrichtertage in Königslutter

Zum Abschluss teilte er mit, dass an jedem Verwaltungsgericht die elektronische Gerichtsakte insoweit eingeführt sei, als es dort jeweils mindestens einen e-Spruchkörper gebe. Gemäß einer Dienstvereinbarung mit dem MJ werde "E<sup>2</sup>A" in der Verwaltungsgerichtsbarkeit erst übernommen, wenn es in den anderen Gerichtsbarkeiten laufe.

### **TOP 5 Beschlussfassung über die weitere Tagesordnung**

Die Mitglieder hatten keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung und beschlossen die Tagesordnung einstimmig.

### **TOP 6 Tätigkeitsbericht des Vorstands (VNVR)**

Herr Dr. Neuhäuser stellte zunächst die aktuellen Mitgliederzahlen dar. In der Vorstandssitzung vor Beginn der Mitgliederversammlung seien fünf Kolleginnen und Kollegen aufgenommen worden, sodass der Verband jetzt 280 Mitglieder, davon 25 Proberichterinnen und Proberichter sowie 62 Pensionäre habe. Die Mitgliederzahl sei wie im Vorjahr gestiegen.

Anschließend ging der Vorsitzende auf die Arbeit im Vorstand ein. Er berichtete über Stellungnahmen, die er für den Verband zu Gesetzgebungsvorhaben und zur digitalen Signatur abgegeben habe. Er habe sich außerdem zur Besoldung und Stellensituation auch im nicht-richterlichen Bereich positioniert. In einem Gespräch, das er mit Staatssekretär Dr. von der Beck über aktuelle Fragen geführt habe, habe er darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsgerichte trotz abnehmender Eingangszahlen bei den Asylverfahren und hoher Erledigungszahlen weiterhin sehr große Bestände zu bearbeiten hätten.

Im Folgenden berichtete der Vorsitzende über die recht zeitintensive Vorbereitung im Vorstand für die verbandseigene Fortbildungsveranstaltung, die im Anschluss an die Mitgliederversammlung stattfinden werde. Es gebe wieder eine große Zahl von Anmeldungen, und das erstmals vor zwei Jahren eingeführte Veranstaltungsformat, das nicht nur Vorträge und Podiumsdiskussionen vorsehe, sondern auch einen lockereren Austausch in verschiedenen Arbeitskreisen, werde gut angenommen.

Schließlich erwähnte Herr Dr. Neuhäuser noch, dass die Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Richterbund - auch wegen des abgeordneten Personals - enger geworden sei.

### **TOP 7 Bericht aus dem BDVR**

PräsVG Müller-Fritzsche berichtete über die Arbeit im Vorstand des BDVR.

Am 08. und 09.11.2018 habe in Berlin die Mitgliederversammlung des BDVR stattgefunden; die nächste Mitgliederversammlung werde in der kommenden Woche stattfinden. Im Vorfeld sei die Pressearbeit, konkret einzelne Äußerungen des Vorsitzenden, kritisch, da als parteipolitisch gefärbt, bewertet worden. Eine Aussprache habe Einigkeit darüber ergeben, dass Pressearbeit notwendig und wichtig sei. Nur so sei gewährleistet, dass der Verband im politischen Raum und über die Fachöffentlichkeit hinaus wahrgenommen werde. Die Pressearbeit

berge aber auch Risiken, und parteipolitisch gefärbter Stellungnahmen würden sich verbieten. Der Vorstand habe deshalb als zusätzliches Qualitätssicherungsinstrument ein Mehr-Augenprinzip eingeführt und beschlossen, sofern möglich, die Veröffentlichung von einer vorherigen Freigabe abhängig zu machen. Nach Einschätzung von Herrn Müller-Fritzsche habe dieses Instrument bereits zu einer Verbesserung geführt.

Er verwies weiter darauf, dass der BDVR auch im letzten Jahr Bestrebungen unterstützt habe, das Rechtsmittelrecht im Asylprozess zu ändern. So gebe es vier Hauptforderungen:

1. die Zulassung der Berufung durch die Verwaltungsgerichte in Fällen grundsätzlicher Bedeutung
2. für Eilverfahren die Zulassung der Beschwerde an das OVG bei grundsätzlicher Bedeutung
3. die Einführung tatrichterlicher Länderleitentscheidungen durch das BVerwG
4. die Änderung des § 29 DRiG dahin, dass zeitlich begrenzt zwei Proberichter oder kraft Auftrags abgeordnete Richter gleichzeitig an Entscheidungen mitwirken dürfen.

Herr Müller-Fritzsche teilte in diesem Zusammenhang mit, dass der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren derzeit im politischen Raum nicht weiter vorangetrieben werde, nachdem die bayerische Staatsregierung ihre ablehnende Haltung zu dem Ergebnis der Ressortabstimmung zwischen BMI und BMJV zum Ausdruck gebracht habe.

Beabsichtigt sei weiterhin – wie auf der letztjährigen Mitgliederversammlung bereits vorgetragen – zur Vermeidung einer persönlichen Haftung der Vorstandsmitglieder eine Eintragung des BDVR in das Vereinsregister. Dazu müsse künftig ein Kassenwart aus den Reihen des Vorstands bestimmt werden.

Herr Müller-Fritzsche berichtete über den in diesem Jahr in Darmstadt durchgeführten Verwaltungsgerichtstag und dass die Veranstaltung ein voller Erfolg gewesen sei; es habe nahezu ausschließlich sehr positive Rückmeldungen gegeben. Weniger erfolgreich sei die Veranstaltung in finanzieller Hinsicht gewesen. Die Ausgaben hätten die Einnahmen weit überstiegen, was an ständigen Kostensteigerungen, eingekauften Dienstleistungen und einer etwas geringeren Teilnehmerzahl liege. Im Vorstand sei deshalb intensiv und detailliert diskutiert worden, wie zukünftig Kosten verringert und Einnahmen erhöht werden können. Einigkeit besteht darin, angesichts der hohen Kosten auf den Druck einer Dokumentation und eines Programmheftes künftig zu verzichten. Als Alternative biete sich an, das BDVR-Rundschreiben als Plattform zu nutzen. Andere Posten wie der VIP-Empfang, die Musikbegleitung, der Aufwand für zusätzliche Möbel und die Getränkeversorgung stünden ebenfalls auf dem Prüfstand. Dies habe auch dazu geführt zu überlegen, ob die Beiträge der Landesvereinigungen für den BDVR und den Deutschen Verwaltungsgerichtstag e.V. erhöht werden müssen. Bei der Mitgliederversammlung in Berlin am 14./15.11.2019 solle daher eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 4 € pro Mitglied ab 01.01.2021 (1 € BDVR, 3 € Verwaltungsgerichtstag e.V.) diskutiert werden.

PräsVG Müller-Fritzsche kündigte noch folgende Veranstaltungen an:

1. 14./15.05.2020 Kleiner Verwaltungsgerichtstag in Saarbrücken mit drei Themenblöcken:
  - a. Fragen der Migrationssteuerung (Referent: Prof. Dr. Markus Kotzur, Universität Hamburg)
  - b. Seenotrettung im Mittelmeer
  - c. Rezeption der Rechtsprechung des EuGH aus der Perspektive des französischen Rechts (Referent: Prof. Dr. Philippe Cossalter, Universität Saarbrücken)
2. Frühjahr 2021 (voraussichtlich 06./07.05.2021): Zweiter Leipziger Dialog

Aus Kapazitätsgründen soll die Teilnehmerzahl diesmal auf 256 Personen beschränkt werden.

3. **Verwaltungsgerichtstag Würzburg 2022**  
Der Ortsausschuss habe sich inzwischen konstituiert, die Mitglieder seien hochmotiviert und würden sich auf die Vorbereitung der Veranstaltung freuen.
4. **Verwaltungsgerichtstag Potsdam 2025**

Herr Müller-Fritzsche warf noch einen Blick in die ferne Zukunft und teilte mit, dass für den Verwaltungsgerichtstag im Jahr 2028 ein Veranstaltungsort in Niedersachsen in Betracht komme. Im Gespräch sei Osnabrück.

In eigener Sache erklärte er schließlich, dies sei sein letztes Jahr im BDVR-Vorstand, dem er seit 13 Jahren angehöre. Im kommenden Jahr stehe er nicht mehr zur Wiederwahl.

### **TOP 8 Bericht des Kassenwarts**

Herr Pardey stellte die finanzielle Situation des Verbandes unter Berücksichtigung der Fortbildungsveranstaltung dar. Er informierte über die vorgeschlagene Beitragsanpassung (siehe TOP 11) und wies darauf hin, dass künftig die Mitgliedsbeiträge bereits am Jahresanfang eingezogen werden.

### **TOP 9 Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstandes**

Für die Kassenprüfer bestätigte Herr Dr. Weichbrodt, dass die Kasse ordnungsgemäß geführt worden sei. Sodann wurde die Entlastung des Kassenwartes und des übrigen Vorstandes beantragt und von der Versammlung erteilt (einstimmig bei Enthaltungen aller Vorstandsmitglieder).

### **TOP 10 Neuwahl der Kassenprüfer**

Einstimmig bei einer Enthaltung wurden VRiOVG Dieter Schütte und VRiOVG Dr. Alexander Weichbrodt erneut zu Kassenprüfern gewählt.

### **TOP 11 Entscheidung über eine Erhöhung der Beiträge an den VNVR**

Die Mitgliederversammlung beschloss einstimmig die Erhöhung der Jahresbeiträge auf 55 € bzw. auf 30 € für Proberichterinnen und Proberichter sowie Pensionäre und Externe.

### **TOP 12 Verschiedenes**

Zu diesem Punkt gab es keine Wortmeldungen.

Beginn: 10:30 Uhr

Ende: 12:10 Uhr

Dr. Neuhäuser (Vorsitzender)

Düfer (Schriftführerin)